

A N F R A G E von Hans Frei (SVP, Watt-Regensdorf)
und Claudio Zanetti (SVP, Zollikon)

betreffend Metropolitankonferenz

Im Zusammenhang mit der Realisierung der sogenannten Metropolitankonferenz ersuchen wir den Regierungsrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welches ist die rechtliche Grundlage für die Unterzeichnung einer freiwilligen Übereinkunft zwischen Kantonen, Städten und Gemeinden sowie anderen Organisationen über die Ziele und die Zusammenarbeitsform der Metropolitankonferenz? (Siehe Medienmitteilung des Regierungsrats vom 7. März 2008).
2. Was ist unter „anderen Organisationen“ zu verstehen?
3. Welche Ziele der Metropolitankonferenz lassen sich auf dem herkömmlichen Weg der demokratischen Willensbildung nicht erreichen?
4. Gemäss Regierungsrat will die Metropolitankonferenz „aktives Lobbying betreiben für ihren Raum in regionalen, nationalen und internationalen Gremien und Trägerschaften“. Inwiefern wird dabei der bundesgerichtlichen Rechtsprechung (z.B. BGE 119 IA 271) Rechnung getragen, die Gemeinden diesbezüglich grösste Zurückhaltung auferlegt?
5. Inwiefern führt die Metropolitankonferenz zu einem Abbau der demokratischen Rechte der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, des Kantonsrats sowie der Gemeinden?
6. Welche Kosten sind der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit der Metropolitankonferenz bisher entstanden, und mit welchen weiteren Kosten ist zu rechnen?

Hans Frei
Claudio Zanetti